



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
12. Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 04.03.2019	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	18:31 Uhr	
Sitzungsort:	Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Christopher Lötsch- CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg- SPD		
Thomas-Markus Leber- FDP		
Ulrich Pluschkell- SPD		
Arne-Matz Ramcke- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Frank Müller-Horn- Die Unabhängigen		
Elfi Rostkowski- SPD		
Roland Vorkamp- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Carl-Wilhelm Howe- FREIE WÄHLER & GAL		Vertretung für: Frau Antje Jansen
Hans-Eberhard Knust- AfD		Vertretung für: Herrn David Jenniches
Sascha Luetkens- Die Linke		Vertretung für: Herrn Ragnar Harald Lüttke
Bernd Lutzkat- CDU		Vertretung für: Herrn Andreas Zander
Holger Schöler- SPD		Vertretung für: Frau Sabine Haltern
Thilo Untermann- CDU		Vertretung für: Herrn Dirk Freitag
Sascha Wienck- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Frau Nina vom Ende
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Silke Mählenhoff- Fraktion Bü90/DieGrünen		Nur öffentlicher Teil
Verwaltung		
Senatorin Joanna Hagen- FB 5 - Planen und Bauen		
Steffi Wolke-Eichenberg- 5.660 Stadtgrün und Verkehr		
Jens Johannsen- Stadtgrün und Verkehr (5.660)		Nur öffentlicher Teil
Florian Borchert- Stadtplanung und Bauordnung (5.610)		Bis TOP 3.4
Doris Drochner- Stadtplanung und Bauordnung (5.610)		Nur öffentlicher Teil

Protokollführung	
Thomas Kaacksteen- 5.061 Fachbereichsdienste	
Beiratsmitglieder	
Gerd Maertens- Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
Margret Wulf-Wichmann- Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Antje Jansen- FREIE WÄHLER & GAL	Entschuldigt abwesend
David Jenniches- AfD	Entschuldigt abwesend
Ragnar Harald Lüttke- Die Linke	Entschuldigt abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Andreas Zander- CDU	Entschuldigt abwesend
Dirk Freitag- CDU	Entschuldigt abwesend
Sabine Haltern- SPD	Entschuldigt abwesend
Nina vom Ende- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Entschuldigt abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Allgemeiner Teil
1.1.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.2.	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
1.3.	Niederschriften, öffentlich vom 18.02.2019
2.	Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
3.	Sonstige Beschlussvorlagen
3.1.	Projektfreigabe und Beginn der Ausschreibung Umbau und Sanierung der Sportanlage Holstentor-Süd Vorlage: VO/2019/07121
3.2.	Freigabe zur Ausschreibung des Jahresvertrages Straßenunterhaltung Vorlage: VO/2019/07129
3.3.	Instandsetzung von Straßen durch das DSK-Verfahren (Dünne Schichten im Kalteinbau) in der Hansestadt Lübeck 2019 Vorlage: VO/2019/07194
3.4.	Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Moislinger Allee 2. Bauabschnitt Vorlage: VO/2019/07037
4.	Mitteilungen und Berichte
4.1.	Mitteilungen des Vorsitzenden
4.2.	Sonstige Mitteilungen und Berichte
4.3.	Ankündigung von Öffentlichkeitsbeteiligung
4.4.	Mitteilungen zum Beginn von Ausschreibungen
4.5.	Eilentscheidungen des Bürgermeisters
5.	Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
5.1.	Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
5.2.	Neue Anfragen
5.2.1.	Anfrage Lötsch (CDU): Geländers neben dem Radweg auf der Rampe zur Querung der B207

	Vorlage: VO/2019/07255
5.2.2.	AM Pluschkell (SPD): Bahnhofsteppunkt Moising Vorlage: VO/2019/07276
5.2.3.	AM Pluschkell (SPD): Neue Mitte Moising Vorlage: VO/2019/07277
5.2.4.	AM Pluschkell (SPD): Unfallkommission Vorlage: VO/2019/07283
5.2.5.	Anfrage des AM Frank Müller-Horn (Die Unabhängigen): Lichtmasten als Ladestationen Vorlage: VO/2019/07284
5.2.6.	Anfrage des AM Frank Müller-Horn (Die Unabhängigen): Grundstück Forst- meisterweg 83 Vorlage: VO/2019/07285
5.2.7.	Anfrage des AM Thomas-Markus Leber (FDP) zu Bahnlärm und Lärm- schutzmaßnahmen im Zuge der festen Fehmarnbeltquerung Vorlage: VO/2019/07286
5.2.8.	Weitere mündliche Anfragen während der Sitzung:
5.3.	Anträge
5.3.1.	Antrag AM Sascha Luetkens (DIE LINKE): Umbenennung des Hindenburg- platz Vorlage: VO/2019/07128
5.3.2.	AM Pluschkell (SPD): Stadtgrabenbrücke Vorlage: VO/2019/07151
5.3.3.	Die Unabhängigen: Keine weiteren zentrenrelevanten Verkaufsflächen au- ßerhalb der Innenstadt und der zentralen Versorgungsbereiche Vorlage: VO/2019/07026
5.3.4.	Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Hochwasserschutz auf dem Lübecker Pri- wall Vorlage: VO/2019/07017
5.3.5.	Bündnis 90 / Die Grünen: Änderungsantrag zu TOP 5.32 (VO/2019/07017): Hochwasserschutz auf dem Lübecker Priwall Vorlage: VO/2019/07098
5.3.6.	SPD/CDU: AT zu TOP 5.26 -VO/2019/07010 Ganzheitliche Überplanung des Priwalls (Hochwasserschutz) Vorlage: VO/2019/07008
5.3.7.	SPD: AT zu VO/2019/7003 Top 5.24 Fernwärme

	Vorlage: VO/2019/07093
5.3.8.	Fraktion Freie Wähler & GAL: Beschilderung JVA Lübeck Vorlage: VO/2019/07016
5.3.9.	AT zu VO/2018/06499 - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN & Die Unabhängigen: Eilmaßnahmen wegen der Verkehrssituation Vorlage: VO/2018/06864
5.3.10.	DIE LINKE: Ergänzungsantrag zu VO/2018/06864 AT Bündnis 90/Die Grünen & Die Unabhängigen: "Eilmaßnahmen wegen der Verkehrssituation" VO/2018/06499 Vorlage: VO/2019/07067
5.3.11.	DIE LINKE: Rippenstraßen der Königstraße wieder öffnen Vorlage: VO/2018/06665
5.3.12.	BusCard 50 für den Stadtverkehr Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. November 2018 Antrag der Fraktion Die Linke - VO/2018/06653 Vorlage: VO/2019/07201
5.3.13.	Antrag des AM Thomas Markus Leber (FDP) zur Prüfung einer Beleuchtungsanlage an den Stellflächen unterhalb der Wallbrechtbrücke Vorlage: VO/2019/07211
5.3.14.	Änderungsantrag des AM Thomas-Markus Leber (FDP) zu TOP Ö 5.3.1 Vorlage - VO/2019/07128 Antrag AM Sascha Luetkens (DIE LINKE): Umbenennung des Hindenburgplatzes Vorlage: VO/2019/07254
11.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Allgemeiner Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Lötsch begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Bauausschusses.

Anschließend nimmt er die Verpflichtung zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 46 Gemeindeordnung (GO) vor und führt folgende Mitglieder / stellvertretende Mitglieder durch Handschlag in ihr Amt ein:

Herrn Thilo Untermann

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Bauausschuss nimmt hiervon Kenntnis.

zu 1.2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Die Verwaltung bittet um Aufnahme der folgenden Tagesordnungspunkte im Wege der Dringlichkeit:

Öffentlicher Teil:

- 3.3 Instandsetzung von Straßen durch das DSK-Verfahren **VO/2019/07194**
 (Dünne Schicht im Kalteinbau) in der Hansestadt Lübeck
 2019
- 3.4 Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Moislinger Allee **VO/2019/07037**
 2. Bauabschnitt

Die Verwaltung weist weiter darauf hin, dass unter TOP 5.3.14 ein weiterer Antrag zu dem Antrag unter TOP 5.3.1 (Umbenennung des Hindenburgplatz) vorliegt.

Herr Müller-Horn teilt mit dass er bzw. die Fraktion Die Unabhängigen die Anfrage unter TOP 5.2.5 (Lichtmasten als Ladestationen) und den Antrag unter TOP 5.3.3 (Keine weiteren zentrenrelevanten Verkaufsflächen außerhalb der Innenstadt und der zentralen Versorgungsbe-
reiche) zurückziehe.

Herr Lötsch möchte wissen, ob Herr Pluschkell in seinem Antrag unter TOP 5.3.2 (Stadtgrabenbrücke) den in der Bürgerschaftssitzung am 28.02.2019 beschlossenen CDU-Antrag bezüglich der Stadtgrabenbrücke mit übernehme, ansonsten werde er für TOP 5.3.2 einen Ver-
tagungsantrag stellen.

Herr Pluschkell teilt mit, dass er den Antrag mit unter TOP 5.3.2 übernehmen werde.

Herr Leber beantragt die gemeinsame Behandlung der TOP 5.3.1 und 5.3.14.

Herr Luetkens teilt in diesem Zusammenhang mit, dass er unter seinem Antrag (TOP 5.3.1 –
Umbenennung des Hindenburgplatz) den Antrag von Herrn Leber (TOP 5.3.14) übernehmen
werde.

Der Vorsitzende beantragt die gemeinsame Behandlung der TOP 5.3.4 bis 5.3.6 (Hochwas-
serschutz Priwall) und der TOP 5.3.9 und 5.3.10 (Eilmaßnahmen wegen der Verkehrssituati-
on).

Herr Lötsch beantragt die Vertagung des TOP 5.3.7 (Fernwärme) um eine Sitzung, da die
CDU-Fraktion hierzu noch Klärungsbedarf habe.

*Der Bauausschuss beschließt einstimmig die beantragte Erweiterung der Tagesordnung un-
ter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit, die beantragte gemeinsame Beratung, die
beantragte Vertagung sowie die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP.*

zu 1.3 Niederschriften, öffentlich vom 18.02.2019

*Der Bauausschuss beschließt die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
18.02.2019 einstimmig.*

zu 2 Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
--

zu 3 Sonstige Beschlussvorlagen

zu 3.1 Projektfreigabe und Beginn der Ausschreibung Umbau und Sanierung der Sportanlage Holstentor-Süd Vorlage: VO/2019/07121

Herr Ramcke möchte wissen, warum in der Beratungsreihenfolge der seiner Meinung nach auch zu beteiligende Schul- und Sportausschuss nicht festgelegt worden sei. Frau Hagen erläutert, dass der Bedarf dieser Maßnahme vom Bereich Schule und Sport ermittelt worden sei und dass diese Beratung in den politischen Gremien auch so vom Senat abgestimmt worden sei. Bei dieser Vorlage gehe es ausschließlich um die Projektfreigabe und den Beginn der Ausschreibung.

Herr Lötsch ergänzt, dass die hierfür notwendigen Gelder bereits durch die Bürgerschaft freigegeben worden seien.

Herr Ramcke stellt den Antrag, dass der Schul- und Sportausschuss zusätzlich in der Beratung mit aufgenommen werden solle.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Ramcke abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 4 Stimmen
Gegen den Antrag: 10 Stimmen
Enthaltungen: 1 Stimme

Der Bauausschuss lehnt den Antrag von Herrn Ramcke mehrheitlich ab.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 11 Stimmen
Enthaltungen: 4 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Mit der Beauftragung des Planungsbüros, der Ausschreibung und Umsetzung der Baumaßnahme für den Umbau und die Sanierung der Sportanlage Holstentor-Süd soll begonnen werden.

zu 3.2 Freigabe zur Ausschreibung des Jahresvertrages Straßenunterhaltung Vorlage: VO/2019/07129
--

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Mit der Ausschreibung Jahresvertrag Straßenunterhaltung darf begonnen werden.

zu 3.3 Instandsetzung von Straßen durch das DSK-Verfahren (Dünne Schichten im Kalteinbau) in der Hansestadt Lübeck 2019
Vorlage: VO/2019/07194

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Mit der Instandsetzung der in der Begründung aufgeführten Straßen durch das DSK-Verfahren wird begonnen.

zu 3.4 Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Moislinger Allee 2. Bauabschnitt
Vorlage: VO/2019/07037

Herr Johannsen erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation, die den Bauausschussmitgliedern per Mail zugeleitet wird und dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist, die aktuelle Situation im Bereich Lindenplatz mit seinen Einmündungen und erläutert die Ausführungen der Unfallkommission. Herr Borchert ergänzt diese Ausführungen.

Anschließend beantworten beide verschiedenste Fragen zu der Präsentation aus der Politik.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für eine Beratungspause (17:26 Uhr)

Nach Beendigung der Beratungspause führt der Vorsitzende die Sitzung weiter fort (17:32 Uhr)

Herr Pluschkell führt aus, dass er von der Vorstellung durch die Verwaltung nicht überzeugt sei, aber es als wichtig erachte, dass die Maßnahme in die Wege geleitet werde.

Herr Pluschkell beantragt, eine Zustimmung zur Vorlage mit der Maßgabe, dass die Verkehrsführung der Moislinger Allee im Bereich des Lindenplatzes (zwischen Nebenhofstraße und dem Lindenplatz) nicht verändert werde.

Frau Hagen weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine Mischung aus Selbstverwaltungsaufgabe und Weisungsaufgaben handele, so dass der Bauausschuss die Maßnahme freigeben könne und darüber hinaus eine Empfehlung zur Verkehrsführung abgeben könne.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Pluschkell abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 9 Stimmen

Gegen den Antrag: 6 Stimmen

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag von Herrn Pluschkell mehrheitlich zu.

Der Vorsitzende lässt über die geänderte Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die geänderte Vorlage: 9 Stimmen

Gegen die geänderte Vorlage: 5 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich gemäß des geänderten Beschlussvorschlags zu beschließen.

Beschluss:

Mit der Umgestaltung der Moislinger Allee im Abschnitt Lindenplatz bis Lachswehrallee in dem in der Vorlage beschriebenen Umfang wird begonnen, **mit der Maßgabe, dass die Verkehrsführung der Moislinger Allee im Bereich des Lindenplatzes (zwischen Nebenhofstraße und dem Lindenplatz) nicht verändert wird. (Ergänzung gemäß TOP 1.3 aus der Bauausschusssitzung am 18.03.2019).**

zu 4 Mitteilungen und Berichte

zu 4.1 Mitteilungen des Vorsitzenden

zu 4.2 Sonstige Mitteilungen und Berichte

zu 4.3 Ankündigung von Öffentlichkeitsbeteiligung

zu 4.4 Mitteilungen zum Beginn von Ausschreibungen

zu 4.5 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

zu 5 **Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes**

zu 5.1 **Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

5.1.1 **Sicherheit des Radverkehrs in der Hansestadt (Herr Leber) – 5.610**

TOP 5.2.2 am 17.12.2018

Lübeck hat sich aufgemacht den Radverkehr zu verbessern. Nahezu alle Fraktionen wollen den Radverkehr stärken und die bestehende Infrastruktur verbessern.

Doch wo setzt man die Prioritäten? Ein Ansatz könnte die Radverkehrssicherheit sein.

Deshalb die folgenden Fragen. Wie sicher ist das Radfahren wirklich in der Hansestadt?

Die Verwaltung wird gebeten aktuelle Zahlen zu den folgenden Fragen rund um die Thematik Radverkehrssicherheit zu veröffentlichen.

1. Wie entwickelt sich der Radverkehr in Lübeck? Sind mehr Bürger mit dem Rad unterwegs?
2. Wie entwickeln sich die Unfallzahlen in der Hansestadt? Wie viele Unfälle gab es?
3. Wie viele Verletzte gab es? Wie viele davon waren Schwerverletzte? Gab es Todesfälle?
4. Gibt es in bestimmten Bereichen signifikante Veränderungen gegenüber den Vorjahren?
5. Wo lagen die Unfallschwerpunkte?
6. Welche Stadtteile gelten als besonders sicher / welche als besonders unsicher?
7. Welche Verkehrsteilnehmer waren die Hauptunfallverursacher?
8. Was waren die Hauptunfallursachen?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 04.03.2019:

Basierend auf die Rückmeldung der Polizei werden die folgenden Angaben gemacht und darauf hingewiesen, dass die statistisch belegbaren Zahlen für 2018 voraussichtlich Ende März mit Veröffentlichung des Landes-Verkehrssicherheitsberichts erscheinen.

Wie entwickelt sich der Radverkehr in Lübeck? Sind mehr Bürger mit dem Rad unterwegs?

Im Jahre 2010 ist der Radverkehrsanteil an den täglichen Wegen mit 17% festgestellt worden. Aktuell sind es jetzt 20%.

Wie entwickeln sich die Unfallzahlen in der Hansestadt? Wie viele Unfälle gab es?

Nach einem Rückgang der registrierten Radunfälle 2017 (506 Unfälle) zeichnet sich für 2018 ein Anstieg auf die Werte von 2015 (598 Unfälle) bzw. 2016 (502 Unfälle) ab.

Wie viele Verletzte gab es? Wie viele davon waren Schwerverletzte? Gab es Todesfälle?

Wie bei den Unfallzahlen zeichnet sich bei den leicht Verletzten auch hier nach einem Rückgang 2017 (425 leicht Verletzte) im Vergleich zu den Vorjahren (512 bzw. 509) für 2018 ein Anstieg ab. Bei den schwer verletzten Personen ist nach 41 im Jahr 2015, 42 im Jahr 2016 und 41 im Jahr 2017 ein deutlicher Anstieg auf über 50 schwer Verletzte zu erwarten.

Tödliche Unfälle waren 2018 nicht zu verzeichnen. Zuletzt war das 2015 mit zwei Getöteten der Fall.

Gibt es in bestimmten Bereichen signifikante Veränderungen gegenüber den Vorjahren?

Signifikante Veränderungen gegenüber den Vorjahren sind nicht zu verzeichnen.

Wo lagen die Unfallschwerpunkte?

Wie in den Jahren zuvor zeichnen sich die Kreisverkehrsplätze als Haupt-Unfall-schwerpunkte ab, gefolgt von der Fackenburger Allee und Ratzeburger Allee

Welche Stadtteile gelten als besonders sicher / welche als besonders unsicher?

Besonders hervorzuheben sind bestimmte Stadtteile nicht. Es ist tendenziell festzustellen, dass der überwiegende Anteil von Radverkehrsunfällen entlang von Hauptverkehrsstraßen auftritt.

In den Außenbezirken sind eher wenige Unfälle zu verzeichnen.

Welche Verkehrsteilnehmer waren die Hauptunfallverursacher?

Den höchsten Anteil der Unfallverursacher tragen die PKW-Fahrer mit knapp 400 Beteiligten. Radfahrer waren in ca. 240 Fällen mit einer deutlichen Steigerung Verursacher. Busse waren in knapp 10, Sprinter in gut 10, LKW > 3,5 t zGG in knapp 10 Fällen Verursacher. Fußgänger haben in knapp 30 Fällen Radunfälle verursacht.

Was waren die Hauptunfallursachen?

Die Hauptursachen waren Abbiegeunfälle sowie Vorfahrtverletzungen und mit weitem Abstand nicht angepasste Geschwindigkeit, Einfahren von Grundstücken und fehlerhaftes Überholen.

Der Bauausschuss nimmt die gegebene Antwort zur Kenntnis.

5.1.2 Schulwegsicherung Grundschule Niederbüßau (Frau Steffen) – 5.610

TOP 5.2.6 am 03.12.2018 – VO/2018/06891

Es wird um Beantwortung folgender Frage gebeten:

Wie ist der Stand der Planungen zum Lückenschluss an der Grundschule Niederbüßau zwischen dem Radweg an der L 92 und der Fußgängerampel vor der Schule?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 04.03.2019:

Der kombinierte Geh- und Radweg auf der Südseite der Kronsfordter Hauptstraße endet an der Einmündung in die Krummesser Landstraße. Hier ist eine Querung zum gegenüber liegenden kombinierten Geh-/ Radweg erforderlich, wenn der Weg in Richtung Schule oder Lübeck fortgesetzt werden soll. Eine Querungssicherung ist

hier nicht vorhanden. Ungefähr 135 Meter südlich existiert eine Fußgängersignalanlage vor der Schule.

Diese kann von Kronsforde kommend über eine öffentliche Wegeverbindung, die mittig zwischen Querung des Kanals und Einmündung in die Krummesser Landstraße von der Kronsforder Hauptstraße abzweigt, erreicht werden. Dieser Weg wird verkehrssicher gehalten.

Der Bau eines Geh-/ Radweges an der Krummesser Landstraße zwischen Einmündung der Kronsforder Hauptstraße und der Schule ist derzeit nicht in Planung.

Der Bauausschuss nimmt die gegebene Antwort zur Kenntnis.

5.1.3 Ausweichfläche für Hüxwiese (Herr Luetkens) – 5.651 / 5.660 TOP 5.2.4 am 04.02.2019 – VO/2019/07071

Auf Grund der Sanierung der Kaland-Schule, am Falkenplatz, werden als Ausweichquartier für die Schule, für ca. 3 Jahre, Container auf der Hüxwiese aufgestellt. Die Hüxwiese ist ein beliebter Standort für die dort ansässige Bevölkerung. Hier verbringen viele Menschen ihre Freizeit, hier kann man sich u. a. sportlich betätigen und es darf auch gegrillt werden.

1. Welche Ausweichfläche plant die Verwaltung für die Erholungssuchende Bevölkerung an dem Standort?
2. Wie möchte die Verwaltung es sicherstellen, dass keine Schüler*innen in der Kanal-Trave verunglücken.
3. Die Hüxwiese wird auch als Ort für Veranstaltungen, wie z. B. Zirkus und Figurentheater, genutzt. Welche Ausweichfläche plant die Verwaltung für die Veranstaltungen die sonst auf der Hüxwiese stattfinden konnten.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 04.03.2019:

Zu 1 – 5.660:

Es wird keine Kompensation für die temporäre Nutzung geben können, da keine zusätzlichen Grünflächen zur Verfügung stehen. Es wird nur in der Abwägung der Interessen versucht, den Umgriff des Schulstandortes so gering wie möglich zu halten, damit eine Restfläche verbleibt.

Zu 2 – 5.651:

Die Schulanlage inklusive des Schulhofs wird komplett umzäunt.

Zu 3 – 5.660:

Die Frage ist noch nicht gänzlich geklärt.

In Abstimmung mit LTM für 2019 wurde eine Alternativfläche am Brink für die beiden Veranstaltungen gefunden, für die schon Vereinbarungen bestehen. Hier wird temporär die Bolzplatzfläche aufgegeben. Inwieweit diese Fläche bis 2023 als Alternativstandort genutzt werden soll, muss noch geklärt werden.

Der Bauausschuss nimmt die gegebene Antwort zur Kenntnis.

5.1.4 Fahrradstellplätze (Frau Steffen) – 5.610 TOP 5.2.3 am 03.12.2018 – VO/2018/06888

Es wird um Beantwortung folgender Frage gebeten:

1. Wie weit sind die Verhandlungen mit den Beteiligten zur Nutzung von Flächen für ein Fahrradparkhaus am Bahnhof?
2. Gibt es Gespräche mit Parkhausbetreibern in der Innenstadt zur Nutzung von Flächen für ein Fahrradparkhaus im Zentrum?
3. Wird beabsichtigt, weitere abschließbare Fahrradstellplätze an den Bahnhaltepunkten im Lübecker Stadtgebiet nach dem Vorbild der Bike und Ride-Anlage in Travemünde zu installieren?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 04.03.2019:

zu 1. Es gab ein Gespräch mit der Konzernbeauftragten der Bahn zu den Flächen für ein Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof, die Verfügbarkeit der Flächen wird geprüft.

zu 2. Es wurden Gespräche mit Parkhausbetreibern geführt, es hat bisher aber keine Bereitschaft seitens der Betreiber zur Nutzung als Fahrradparkhaus gegeben.

zu 3. Der Bedarf an weiteren Fahrradabstellmöglichkeiten an Bahnhaltepunkten wurde von der landesweiten Nahverkehrsgesellschaft Nah.sh geprüft. Es ist vorerst keine weitere Sammelschließanlage für Fahrräder geplant.

Der Bauausschuss nimmt die gegebene Antwort zur Kenntnis.

5.1.5 Planungen aus dem Priwall (Herr Müller-Horn) – 5.610

TOP 5.2.7 am 18.02.2019 – VO/2018/06888

Gibt es Überlegungen der Hansestadt Lübeck auf dem Gelände auf dem Priwall, auf dem zwei Gebäude stehen die zur Zeit als Archiv genutzt werden, preisgünstigen Wohnraum in kleineren Wohneinheiten durch die KWL oder Trave Grundstücksgesellschaft schaffen zu lassen?

Oder steht die Hansestadt Lübeck mit Investoren in Verhandlungen, damit diese das Objekt entwickeln und vermarkten?

Ist die Errichtung einer Jugendherberge aus Sicht der Verwaltung anzustreben?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 04.03.2019:

Ja, es gibt entsprechende Überlegungen. Die Verwaltung geht davon aus, dass - sobald der Verbleib des Archivs abschließend geklärt ist - das Gelände mit entsprechender Maßgabe durch den Bereich Wirtschaft und Liegenschaften öffentlich ausgeschrieben wird.

Der Bauausschuss nimmt die gegebene Antwort zur Kenntnis.

5.1.6 Chancen und Risiken für die HL, wenn das kürzlich geschnürte Maßnahmenpaket der EU-Verkehrsminister zur Verbesserung der Bedingungen für LKW-Fahrer vollumfänglich umgesetzt würde (Herr Leber) – 5.610

TOP 5.2.4 am 17.12.2018 – VO/2018/06888

Am 03.12.2018 haben sich die EU-Verkehrsminister insbesondere auf die Initiative Deutschlands hin mehrheitlich darauf geeinigt europaweit bessere Bedingungen für LKW-Fahrer schaffen zu wollen.

Mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen für LKW-Fahrer und neue Sozialstandards, die das ganze Leben der Fahrer am Tag und in der Nacht umkrempeln werden sind wesentliche Bestandteile.

Ein Punkt des Maßnahmenpaketes könnte weitreichende Konsequenzen für die Hansestadt haben: Zukünftig soll es europaweit den LKW-Fahrern ausnahmslos nicht mehr erlaubt sein im Führerhaus des LKWs zu übernachten! Durch das Kabinenschlafverbot soll das nächtliche Chaos auf Rastplätzen und Zufahrten eingedämmt werden. Spediteure müssen in Zukunft für Unterkünfte in Hotels, Pensionen oder angemieteten Wohnungen entlang der Route sorgen. Grobe Schätzungen gehen davon aus, dass sich rund 2 Millionen LKW-Fahrer in der EU auf diese neue Regeln einstellen müssen.

Das Maßnahmenpaket ist für die Hansestadt mit vielen Chancen, aber eben auch Risiken verbunden.

Insoweit macht es Sinn sich frühzeitig mit der Thematik zu beschäftigen, damit entsprechende Potentiale genutzt und Risiken vermieden werden. Dies auch deshalb weil wir uns erst kürzlich intensiv mit den Folgen der jetzigen Situation in Kücknitz beschäftigt haben.

Die Umsetzung des Beschlusses der EU-Verkehrsminister kann nur noch durch eine Entscheidung des Europaparlamentes verhindert werden.

Folgende Fragen drängen sich auf:

Gibt es bereits Überlegungen wie auf den Beschluss der EU-Verkehrsminister reagiert werden kann?

Welche Hotels in und um Lübeck herum verfügen über LKW-taugliche Stellflächen?

Gibt es jetzt schon Sicherheitsparkplätze, die ein bewachtes Abstellen der LKWs möglich machen? (Bislang übernahmen die LKW-Fahrer in ihren Fahrer cabins indirekt die Bewachung der Ladung)

Wie könnte ein Shuttle-Konzept zwischen Hotels, Pensionen und Stellflächen aussehen?

Wie kann verhindert werden, dass die LKWs die Hansestadt auf der Suche nach Wohnquartieren durchfahren?

Wie kann verhindert werden, dass findige Speditionen und Fernfahrer Alternativen finden, die darin bestehen könnten, dass die LKW-Fahrer auf häufig gefahrenen Routen Wohnwagen und Wohnmobile aufstellen und anfahren, die sie dann alternativ zur Übernachtung nutzen? „Geister-Wohnwagenparks“ wären die Folge.

Wie kann verhindert werden, dass findige Unternehmer Wohnungen anmieten, um die Vorgaben erfüllen zu können? Hierdurch würde es zu einer Verzerrung am Wohnungsmarkt kommen. Gerade günstiger Wohnraum würde noch knapper. Die Mieten in diesem Segment dürften steigen.

Unter welchen Bedingungen wäre es möglich Übernachtungsmöglichkeiten bei Speditionen in Gewerbegebieten zu schaffen. „Wohnen im Gewerbegebiet“ ist ja grundsätzlich nicht möglich.

Unter welchen Bedingungen wäre es möglich auf Stadtgebiet in unmittelbarer Autobahnnähe einen Autohof mit allen nur erdenklichen Annehmlichkeiten für LKW-Fahrer zu schaffen?

Ergeben sich neue Möglichkeiten am Fehmarn-Belt-Fernverkehr zu partizipieren?

Wird es ein Konjunkturprogramm für Trucker-Hotels geben?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 04.03.2019:

Der überwiegende Teil der oben stehenden Anfrage ist leider nicht durch den Fachbereich 5 zu beantworten und müsste bei Bedarf aufgrund des notwendigen Arbeitsumfanges als Antrag gestellt und beschlossen werden.

Pauschal könnte aber bereits jetzt folgende Antwort zu dem Themenkomplex gege-

ben werden:

Grundsätzlich obliegen der Umgang mit dem EU-Maßnahmenpaket und die Organisation der Fahrzeug- und Personalumläufe der privatwirtschaftlichen Hand bzw. der Spediteure selbst. Hierbei stellt die Unterbringung des Fahrpersonals außerhalb des Fahrzeugs kein Novum dar, sondern wird vereinzelt von Spediteuren schon heute in Eigenregie durchgeführt. Davon unbenommen gelten in diesem Rahmen auch die allgemeinen Festsetzungen und Widmungen der Stadt- und Verkehrsplanung im Zusammenspiel mit u.a. der Straßenverkehrsordnung und dem Mietrecht.

Sollte sich darüber hinaus, bedingt durch das Maßnahmenpaket, erhebliche (negative) Auswirkungen im Straßennetz der Hansestadt Lübeck ergeben, sind weitere Maßnahmen der (LKW-) Verkehrsführung möglich.

Der Bauausschuss nimmt die gegebene Antwort zur Kenntnis.

5.1.7 Gebäudeschadstoffe, Asbest in den Gebäuden der HL (Herr Leber) – 5.651

TOP 5.2.4 am 18.02.2019 – VO/2019/07165

Experten des Bundesarbeitsministeriums (BMAS) gehen davon aus, dass bis zu ein Viertel aller vor 1994 errichteten, umgebauten oder sanierten Gebäude mit asbesthaltigen Bauprodukten belastet sind. Das sind ein Fünftel aller Gebäude in Deutschland.

In diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Fragen:

- 1) Welche Erkenntnisse liegen dem BMHL zum Thema Gebäudeschadstoffe, insbesondere zu Asbest, zu künstlichen Mineralfasern und zu Schwarzsimmel in öffentlichen Gebäuden der Hansestadt vor?
- 2) Gab es bereits entsprechende Untersuchungen, Messungen, Verdachtsmomente oder auch konkrete Funde?
- 3) Wie häufig wird die Raumluft in den öffentlichen Gebäuden der Hansestadt kontrolliert?
- 4) Gibt es ein Kataster, das Verdachtsmomente, aber auch konkrete Fälle dokumentiert?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 04.03.2019:

Zu 1:

In den öffentlichen Gebäuden der Hansestadt Lübeck sind je nach Baualtersklasse unterschiedliche Schadstoffe verbaut worden. Hierzu zählen anorganische (im Wesentlichen Asbest z.B. in Dämmung und Putzen sowie künstliche Mineralfasern KMF z.B. in Dämmstoffen) und organische Stoffe (im Wesentlichen polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe PAK z.B. in Beschichtungen und Abdichtungen, Pentachlorphenol PCP z.B. in Holzschutzmittel, Polychlorierte Biphenyle PCB z.B. in Dichtungsmassen und Formaldehyd z.B. in Holzwerkstoffen). Insbesondere bei bauphysikalischen Mängeln treten darüber hinaus biologische Stoffe (maßgeblich: Schimmelpilze) auf.

Zu 2:

In Verdachtsfällen werden auf Veranlassung des GMHL Raumluftuntersuchungen durch den Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz (UNV, 3.390) durchgeführt. Konkretisiert sich ein Verdacht, erfolgen je nach Gefährdungspotential ggf. Raumsperungen und weitergehende Schadstoffanalysen an den Bauteilen. Werden Messergebnisse ermittelt, die erhöht jedoch unterhalb von Grenzwerten liegen, werden für den Nutzer Handlungsanweisungen z.B. zum Lüften aufgegeben und ein Monitoring für ein wiederkehrendes Messen eingerichtet.

Darüber hinaus werden in der Planungsphase jeder Bau- und Instandsetzungsmaßnahme an einem vorhandenen Gebäude der Hansestadt Lübeck im Vorwege Bewertungen und bei entsprechendem Anlass gutachterliche Untersuchungen zu Schadstoffen in Gebäuden vorgenommen. Das Auffinden von Schadstoffen ist dabei erfahrungsgemäß die Regel. Diese stellen jedoch nur in Ausnahmefällen eine Gefährdung für die Nutzer da, weil sie am Einbauort keine nachteiligen Emissionen indizieren. Im Zuge von Baumaßnahmen werden sie fach- und umweltgerecht ausgebaut und entsorgt.

Zu 3:

Raumluftmessungen werden durch den Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz (UNV) bei Verdachtsmomenten sowie bei Hinweisen der Nutzer durchgeführt.

Zu 4:

Das Gebäudemanagement der Hansestadt Lübeck und der Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz (UNV) haben sich verständigt, Dokumentationen aus Schadstoffgutachten und Raumluftmessungen gemeinsam auszutauschen.

Aus Sicht des GMHL ist es erstrebenswert, ein möglichst flächendeckendes Schadstoffkataster zu entwickeln, um

- a) Gefährdungspotenziale zu identifizieren und Nutzerschutz zu gewährleisten
- b) Sanierungsmaßnahmen optimiert zu planen und umzusetzen
- c) Verbesserte Wirtschaftlichkeit durch zielgerichtete Schadstoffsanierungen zu erreichen.

Der Bauausschuss nimmt die gegebene Antwort zur Kenntnis.

zu 5.2 Neue Anfragen

zu 5.2.1 Anfrage Lötsch (CDU): Geländers neben dem Radweg auf der Rampe zur Querung der B207 Vorlage: VO/2019/07255

Anfrage:

Der vorhandene Radweg zwischen Wulfsdorf und dem Flughafen verläuft parallel zur Straße. B207 und Bahnlinie HL - RZ werden mittels einer Brücke überquert. Auf der Rampe zur Brücke war der Radweg zum Wulfsdorfer Weg hin mit einem Holzgeländer abgesichert. Dieses ist alterungsbedingt und durch Vandalismus inzwischen fast vollständig zerstört. Es besteht die Gefahr, dass unsichere Radfahrer und/oder Kinder, sofern sie von dem schmalen Radweg abkommen, die Rampe in Richtung Wulfsdorfer Weg hinunterstürzen und sich erhebliche gesundheitliche Schäden zuziehen können. Die Verkehrssicherheit des Radweges ist somit nicht mehr gegeben. Es besteht somit die Notwendigkeit, hier kurzfristig Abhilfe zu schaffen.

Warum ist bisher das seitliche Geländers neben dem Radweg auf der Rampe zur Querung der B207 und der Bahnstrecke Lübeck-Ratzeburg nicht erneuert worden?

Wann ist die Erneuerung vorgesehen?

Wird es zukünftig aus Metall hergestellt?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5.2.2 AM Pluschkell (SPD): Bahnhofsteppunkt Moising
Vorlage: VO/2019/07276**

Anfrage:

Hinsicht der Planungen für die Einrichtung eines Bahnhofsteppunkts Moising frage ich:

1. Wie sieht aus Sicht der Hansestadt Lübeck der Zeitplan für die Planung und Realisierung des Bahnhofsteppunkts Moising aus?
2. Welche Stellen sind an der Realisierung beteiligt? Welche Leistungen haben die einzelnen Stellen zu erbringen?
3. Wie ist der aktuelle Stand der Planung um Umsetzung seitens der Hansestadt Lübeck? Wie ist hier das weitere Planungs- und Umsetzungsprocedere? Welche Kosten kommen dabei auf die Hansestadt Lübeck zu? Welche Fördermittel sind zu erwarten?
4. Wie soll die Verkehrsanbindung des Bahnhofsteppunkts für den ÖPNV (Wendeplatz), den motorisierten Individualverkehr (Parkflächen) und barrierefrei für Fußgänger entwickelt werden? Verfügt die Hansestadt Lübeck über die hierfür erforderlichen Flächen?
5. Inwieweit wurde die Planung mit der Deutschen Bahn abgestimmt? Gibt es schon Anfragen oder Vorgaben von der Deutschen Bahn? Wenn ja, wie sehen diese aus?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5.2.3 AM Pluschkell (SPD): Neue Mitte Moising
Vorlage: VO/2019/07277**

Anfrage:

Hinsicht der Planungen für die „Neue Mitte“ in Moising frage ich:

1. Wie lautet der Ausschreibungstext für den städtebaulichen Wettbewerb der „Neuen Mitte“?
2. Wird bei der Ausschreibung der „Neuen Mitte“ darauf geachtet, dass die derzeit vorhandenen 136 Wohneinheiten im Kiwittredder adäquat ersetzt werden? Was für Wohnformen oder Wohnmodelle sind dort geplant?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5.2.4 AM Pluschkell (SPD): Unfallkommission
Vorlage: VO/2019/07283**

Anfrage:

Unfallkommission:

1. Von wem wurde die Unfallkommission installiert? Auf welcher rechtlichen Grundlage geschah dies?
2. Welche Rechte und Pflichten hat die Unfallkommission?
3. Ist die Unfallkommission in irgendeiner Form weisungsberechtigt? Falls ja, in welcher Form?
4. Wer bestimmt die Mitglieder der Unfallkommission?
5. Wer ist gegenüber der Unfallkommission weisungsbefugt?
6. Wer gehört der Unfallkommission an (Name, entsendende Stelle, Funktion)?
7. Warum hat sich die Unfallkommission in den vergangenen Jahren nicht zum Thema Lindenplatz geäußert?
8. Laut Verkehrssicherheitsbericht fanden am Lindenplatz im Jahr 2017 am Lindenplatz /Einfahrt von Moislinger Allee kommend 4 Unfälle statt. In der Liste der häufigsten Unfallstellen befindet sich dieser Unfallpunkt auf Rang 14. Warum äußert sich die Unfallkommission zu diesem Punkt und schweigt zu den TOP 10 der häufigsten Unfallstellen?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5.2.5 Anfrage des AM Frank Müller-Horn (Die Unabhängigen): Lichtmasten als Ladestationen
Vorlage: VO/2019/07284**

Anfrage:

- a) Laut Beantwortung der Anfrage VO/2018/06640 hält die Verwaltung die Möglichkeit, Lichtmasten als Ladestationen zu verwenden u.a. deshalb als nicht geeignet, weil die Lichtmasten in der Regel nicht dicht genug am Fahrbahnrand aufgestellt sind und das Ladekabel vom Lichtmast zum Fahrzeug den öffentlichen Gehweg kreuzen würde. Dieses würde eine potentielle Gefahrenquelle darstellen.

Hierzu stellt sich folgende Frage:

- Wird überprüft, ob eine unterirdische Verlegung der Leitung rechtwinklig vom Lichtmast bis zu einer Ladestation am Fahrbahnrand möglich ist?

- b) In selber Vorlage berichtet die Verwaltung von einem Förderprogramm des Bundes zum Ausbau der Elektromobilität, die eine Förderhöhe von bis zu 60% vorsieht. Hat die Verwaltung auch Kenntnis über die Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur? <https://www.bmvi.de/DE/Themen/Mobilitaet/Elektromobilitaet/Ladeinfrastruktur/Ladeinfrastruktur.html>

Hierzu stellen sich folgende Fragen:

- Ist der Verwaltung bekannt, dass der dritte und somit vermutlich letzte Förderaufruf hierzu am 21.02.2019 geendet hat?
- Ist seitens der Verwaltung bereits ein Förderantrag gestellt worden?
- Welche Fördertöpfe sind der Verwaltung sonst noch bekannt?

Der Anfrager Herr Müller-Horn hat unter TOP 1.2 mitgeteilt, dass er diese Anfrage zurückziehe.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5.2.6 Anfrage des AM Frank Müller-Horn (Die Unabhängigen): Grundstück Forstmeisterweg 83
Vorlage: VO/2019/07285**

Anfrage:

Im Stadtteil St. Gertrud steht seit ca. einem Jahr das Gebäude des ehemaligen Supermarktes „Topkauf“ leer. In diesem Zusammenhang wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- a) Welche Nutzung ist auf dem Grundstück Forstmeisterweg 83, ehemals Supermarkt „Topkauf“, geplant?
- b) Liegt bereits ein Bauantrag bzw. eine Baugenehmigung vor?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5.2.7 Anfrage des AM Thomas-Markus Leber (FDP) zu Bahnlärm und Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der festen Fehmarnbeltquerung
Vorlage: VO/2019/07286**

Anfrage:

- Die Hansestadt hat im Zuge der Planungen zur Fehmarnbeltquerung Forderungen in Höhe von 50 Mio. Euro für mehr Lärmschutz entlang der Eisenbahnstrecke vom Tremser Teich bis zum Billerbäckweg in Reecke angemeldet. Damit soll einheitlich ein Lärmpegel von 49 Dezibel in der Nacht möglich werden.
- Auf welchen Untersuchungen bzw. Messungen basieren die bisherigen Erkenntnisse zur Lärmsituation entlang der Strecke?
- Unter welchen Bedingungen besteht ein rechtlicher Anspruch auf Lärmschutz?
- Welche konkreten Schutzmaßnahmen sind im Abschnitt vom Hauptbahnhof bis zur Travebrücke vorgesehen?
- Lärmschutz ist das Eine. Sichtbeziehungen und Sichtachsen das Andere. Gerade im Bereich des nördlichen Bahnhofsvorfeldes gibt es interessante Sichtbeziehungen auf die Lübecker Altstadt und den Hafen, die durch entsprechende Lärmschutzwände verbaut würden. Welche Lösungen abgesehen von Lärmschutzwänden und Lärmschutzfenstern wären noch denkbar, um Menschen einerseits vor Lärm zu schützen, sie andererseits aber nicht vom Geschehen jenseits der Lärmschutzwände abzukoppeln?
- Wie stehen die Chancen die Bahn doch noch zu einem realistischen Stresstest zu beweisen? Die „Eisenbahnbetriebswissenschaftliche Untersuchung“ aus dem Jahre 2012 lässt wesentliche Aspekte wie den Zugverkehr der Hafenbahn unberücksichtigt und kann insoweit nur bedingt als aussagefähig bewertet werden. Das bisherige Vorgehen der Bahn verwundert, müsste es der Bahn doch darum gehen, einen leistungsfähigen Eisenbahnknotenpunkt in Lübeck zu betreiben. Mit einer entsprechenden Simulation im Rahmen des Stresstestes hätte auch sie eine solide Grundlage für die Einschätzung, dass dies auch so ist.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.8 Weitere mündliche Anfragen während der Sitzung:

5.2.8 Öffentliches WC im Stadtpark (Herr Howe) – 5.610

Herr Howe möchte wissen, ob es bereits einen Bauantrag für ein öffentliches WC im Stadtpark gäbe, und wenn ja, ob dieser bereits genehmigt sei und wo sich der Standort befände.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.9 Radweg Travemünder Allee (Herr Howe) – 5.660

Herr Howe spricht die Baumaßnahme (Radweg) in der Travemünder Allee an, zu deren Umsetzung die Fällung eines Baumes im Bereich der Eschenburgstraße notwendig sei. Nun wurden aber bereits in dem Abschnitt drei Bäume gefällt. Er möchte hierzu wissen, ob diese Fällung im Zusammenhang mit der Baumaßnahme stehe oder ob diese Bäume aufgrund von Krankheiten gefällt werden mussten.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.10 Werbetafel Ziegelstraße / Padelügger Weg (Frau Blankenburg) – 5.660

Frau Blankenburg möchte wissen, ob die Werbetafel auf der Mittelinsel im Bereich Ziegelstraße / Padelügger Weg den Verkehr durch Blendung oder Ablenkung beeinträchtigt.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.11 Planfeststellung Bahn Lübeck – Bad Kleinen (Frau Mählenhoff) – 5.610

Frau Mählenhoff möchte wissen, ob im Zuge des Planfeststellungsverfahrens der DB Strecke Lübeck – Bad Kleinen auch die Hansestadt Lübeck betroffen sei.

Zwischenantwort:

Frau Hagen erläutert, dass ihrer Meinung nach hier auf dem Stadtgebiet der Hansestadt Lübeck zwei Brückenbauwerke betroffen seien. Eine detaillierte Antwort werde aber noch nachgereicht.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3 Anträge

zu 5.3.1 Antrag AM Sascha Luetkens (DIE LINKE): Umbenennung des Hindenburgplatz Vorlage: VO/2019/07128

Wie bereits unter TOP 1.2 festgelegt, werden dieser Antrag und der Antrag unter TOP

5.3.14 zusammen behandelt.

Antrag (TOP 5.3.1 – VO/2019/07128):

Der Hindenburgplatz, benannt nach Paul von Hindenburg, wird in Republikplatz umbenannt.

Änderungsantrag (TOP 5.3.14 – VO/2019/07254):

Der Bauausschuss möge beschließen, dass vor dem Hintergrund des anstehenden 100jährigen Jubiläums der Weimarer Verfassung alle notwendigen Schritte zur Rückbenennung des „Hindenburgplatzes“ in „Republikplatz“ bis spätestens zum 14. August, dem Tag der Verkündung der Weimarer Verfassung, zum Abschluss gebracht werden

Herr Luetkens teilt mit, dass er den Änderungsantrag von Herrn Leber unter TOP 5.3.14 mit in seinem Antrag aufnehme.

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den geänderten Antrag: 13 Stimmen

Enthaltungen: 2 Stimmen

Der Bauausschuss beschließt den geänderten Antrag einstimmig.

zu 5.3.2 AM Pluschkell (SPD): Stadtgrabenbrücke Vorlage: VO/2019/07151

Antrag:

Die Lübecker Bürgerschaft hat in Ihrer Sitzung am 31.01.2019 die Verwaltung beauftragt, den Bau der Stadtgrabenbrücke zu planen. Die Verwaltung wird gebeten, dem Bauausschuss die bereits in der Bauverwaltung vorliegenden Planungen vorzustellen und über möglicherweise zwischenzeitlich erforderlich gewordene bauliche und finanzielle Aktualisierungen zu berichten.

Herr Pluschkell teilt mit, dass er den Antrag der CDU-Fraktion (VO/2019/07189) zur Stadtgrabenbrücke aus der Bürgerschaft vom 28.02.2019, der an den Bauausschuss überwiesen werden soll, mit in diesem Antrag übernehmen werde:

„Der Bürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob es beim geplanten Neubau der Stadtgrabenbrücke auch die Möglichkeit gibt, statt einer reinen Fuß- und Radfahrerbrücke, eine Brücke, die auch für den Kraftfahrzeugverkehr nutzbar ist, zu erreichen.

Der Bürgerschaft ist bis zur Bürgerschaftssitzung im Mai inklusive einer groben Kostenschätzung zu berichten.“

Herr Ramcke möchte wissen, ob dieses Verfahren dann auch die verkehrliche Nutzung der Puppenbrücke betreffen werde.

Frau Hagen verweist darauf, dass es die Stadtgrabenbrücke noch nicht gäbe und somit lediglich eine Empfehlung seitens der Verwaltung ausgesprochen werden könne. Ob es zusätzlich zu einer möglich Fußgänger- und Radfahrerquerung auch eine für den Kfz-Verkehr geben werde, würde die politische Entscheidung zeigen. Hierzu werde es lediglich eine Ein-

schätzung der Verwaltung zu den Auswirkungen geben.

Herr Müller-Horn schlägt vor, dass Mobilitätskonzept für die Innenstadt, welches Ende März 2019 bekannt gegeben werden solle abzuwarten. Eine Nutzung der Stadtgrabenbrücke durch den Kfz-Verkehr sieht er als unpassend an.

Der Vorsitzende lässt über den erweiterten Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den erweiterten Antrag: 13 Stimmen

Gegen den erweiterten Antrag: 1 Stimme

Enthaltungen: 1 Stimme

Der Bauausschuss beschließt den erweiterten Antrag mehrheitlich.

**zu 5.3.3 Die Unabhängigen: Keine weiteren zentrenrelevanten Verkaufsflächen außerhalb der Innenstadt und der zentralen Versorgungsbereiche
Vorlage: VO/2019/07026**

Herr Müller-Horn hat unter TOP 1.2 mitgeteilt, dass der Antrag seitens der Fraktion Die Unabhängigen – auch in der Bürgerschaft – zurückgezogen werde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5.3.4 Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Hochwasserschutz auf dem Lübecker Priwall
Vorlage: VO/2019/07017**

Wie bereits unter TOP 1.2 festgelegt, werden dieser Antrag und die beiden Anträge unter TOP 5.3.5 und TOP 5.3.6 zusammen behandelt.

Die Diskussion ist unter diesem TOP wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter den jeweiligen TOP.

Antrag:

Die Stadt Lübeck erstellt bis zur Bürgerschaftssitzung am 20. Juni 2019 ein Konzept zum Hochwasserschutz des Priwalls und entlang des Verlaufs der Trave.

Zusätzlich soll dargestellt werden, wie eine ggf. notwendige Evakuierung der Priwallbewohner*innen bei Hochwasser / Sturmflut gewährleistet wird.

Herr Howe teilt mit, dass mit diesem Antrag nicht nur ein Konzept für das Gebiet auf dem Priwall erstellt werden solle, sondern auch für die Flächen im Verlauf der Trave.

Herr Pluschkell möchte wissen, aus welchem Grund in diesem Antrag das Datum

20.06.2019 gewählt wurde.

Herr Howe merkt an, dass der Antrag ursprünglich am 31.01.2019 in der Bürgerschaft auf der Tagesordnung gestanden habe und zur Erledigung ein halbes Jahr festgelegt worden sei.

Frau Hagen verweist darauf, dass die Zuständigkeit beim Hochwasserschutz beim Fachbereich 3 liege und erläutert, dass es hierzu bereits regen Schriftverkehr u.a. der Priwallbewohner mit dem Land gegeben habe und es darüber hinaus hierzu keine rechtliche Verpflichtung gäbe. Frau Hagen erläutert weiter, dass ein möglicher Wall keinen 100%-igen Schutz vor Hochwasser gäbe, weil das Wasser von unten hochdrücke, und ein Teil der Mecklenburger Landstraße bereits im Zuge der Straßensanierungsmaßnahmen baulich angehoben worden sei.

Herr Howe verweist darauf, dass nur im Bereich des Fährvorplatzes das Wasser aus der Kanalisation komme im Gebiet an der Landesgrenze käme das Wasser vom Überlauf der Pötenitzer Wiek.

Herr Leber sieht alle drei hier vorliegenden Anträge als nicht konkret genug an. Seiner Meinung nach müsse hierzu auch ein möglicher Zeitraum erfasst werden. Experten hätten nach seiner Aussage auch geäußert, dass ein kleiner Wall, der den erwähnten Rücklauf stoppen würde, nur rund 15.000 Euro kosten würde.

Frau Mählenhoff verweist darauf, dass sich auf dem Priwall auch hochwertige Naturschutzgebiete befänden, welche nicht durch einen Wall oder eine Aufschüttung zerstört werden dürfen. Ihrer Meinung nach müsse die Akzeptanz der dortigen Bewohner dahin gehen, dass das Hochwasser hingenommen werde.

Herr Leber schlägt vor, alle drei Anträge gänzlich vom Fachbereich 3 zuständigkeitshalber abwickeln zu lassen.

Herr Löttsch verweist darauf, dass diese Anträge aus der Bürgerschaft an den Bauausschuss federführend überwiesen worden seien und demzufolge auch so abgearbeitet werden sollten.

Herr Leber beantragt für den Antrag unter TOP 5.3.4 eine absatzweise Abstimmung, dem keiner widerspricht.

Der Vorsitzende lässt über den ersten Absatz des Antrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den ersten Absatz: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig den ersten Absatz zu beschließen.

Der Vorsitzende lässt über den zweiten Absatz des Antrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den zweiten Absatz: 13 Stimmen

Gegen den zweiten Absatz: 1 Stimme

Enthaltungen: 1 Stimme

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich den zweiten Absatz zu beschließen.

**zu 5.3.5 Bündnis 90 / Die Grünen: Änderungsantrag zu TOP 5.32 (VO/2019/07017):
Hochwasserschutz auf dem Lübecker Priwall
Vorlage: VO/2019/07098**

Wie bereits unter TOP 1.2 festgelegt, werden dieser Antrag und die beiden Anträge unter TOP 5.3.4 und TOP 5.3.6 zusammen behandelt.

Die Diskussion ist unter dem TOP 5.3.4 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter den jeweiligen TOP.

Antrag:

Die Stadt Lübeck erstellt bis zur Bürgerschaftssitzung am 20. Juni 2019 ein Konzept zum Hochwasserschutz des Priwalls. Schwerpunkte dabei sind die Mecklenburger Landstraße, insbesondere im Bereich der Landesgrenze zu Mecklenburg-Vorpommern, sowie des Fährvorplatzes. Die wichtigste Zielsetzung ist, die Mecklenburger Landstraße besser gegen Überschwemmung zu sichern, damit sie auch bei Hochwasser befahrbar bleibt und ggf. als Flucht- und Rettungsweg dienen kann. Das Konzept legt dafür ggf. nötige Baumaßnahmen dar. Es dient auch der Verbesserung der Abläufe im Falle eines Hochwassers und der besseren Abstimmung der beteiligten Akteure (Feuerwehr, Polizei, EBL, Stadtwerke etc.).

Bei der Erstellung sind die Landesregierungen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommerns, sowie alle relevanten städtischen Gesellschaften und die Feuerwehr und die Polizei einzubeziehen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig den Antrag zu beschließen.

**zu 5.3.6 SPD/CDU: AT zu TOP 5.26 -VO/2019/07010 Ganzheitliche Überplanung des Priwalls (Hochwasserschutz)
Vorlage: VO/2019/07008**

Wie bereits unter TOP 1.2 festgelegt, werden dieser Antrag und die beiden Anträge unter TOP 5.3.4 und TOP 5.3.5 zusammen behandelt.

Die Diskussion ist unter dem TOP 5.3.4 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter den jeweiligen TOP.

Antrag:

Der Beschluss der Lübecker Bürgerschaft vom 27.09.2018 (VO/2018/06396) zur ganzheitlichen Überplanung des Priwalls wird wie folgt um einen dritten Punkt ergänzt (**fett**):

Der Bürgermeister wird gebeten,

- bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans (...)
- der Bürgerschaft einen Plan vorzulegen (...)
- **bei den Planungen für den Aus-/Umbau der Mecklenburger Landstraße die Belange des Hochwasserschutzes derart zu berücksichtigen, dass der Priwall auch bei extre-**

men Hochwasser über diese Straße erreichbar ist. Hieran sollten auch die Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern beteiligt werden.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig den Antrag zu beschließen.

zu 5.3.7 SPD: AT zu VO/2019/7003 Top 5.24 Fernwärme
Vorlage: VO/2019/07093

Der Antrag wurde gemäß TOP 1.2 einstimmig um eine Sitzung auf den 18.03.2019 vertagt.

zu 5.3.8 Fraktion Freie Wähler & GAL: Beschilderung JVA Lübeck
Vorlage: VO/2019/07016

Antrag:

Die Stadt Lübeck bringt entsprechend der Vorschläge des FB Planen und Bauen im September 2017 vier Verkehrsschilder an, die auf den Weg zur JVA Lübeck hinweisen.

(Zur Erklärung: Die Leitung der JVA hatte im Oktober 2018 einen entsprechenden Antrag gestellt, der von der Hansestadt Lübeck abgelehnt wurde.)

Herr Johannsen verweist darauf, dass sich die im Antrag genannte Ablehnung momentan noch in einem laufenden Verwaltungsverfahren befände und bis zu einer endgültigen Entscheidung die gesetzlichen Regelungen anzuwenden seien.

Herr Lötsch möchte wissen, warum es Wegweiser für Hotelrouten gäbe.

Herr Johannsen erläutert, dass die Realisierung solcher Hinweisschilder in Eigenregie finanziert werde. Für eine Umsetzung muss ein Regelungsbedarf gegeben sein, welcher aber nur dann vorhanden ist, wenn es eine Vielzahl von Fehlfahrten gäbe, was hier aber scheinbar nicht der Fall sei.

Herr Ramcke schlägt vor, dass der Antragsteller mit der JVA abklären könne, ob es aus dortiger Sicht notwendig sei, eine Beschilderung mit eigenen Mitteln zu realisieren.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 4 Stimmen

Gegen den Antrag: 5 Stimmen

Enthaltungen: 6 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

**zu 5.3.9 AT zu VO/2018/06499 - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN & Die Unabhängigen: Eilmaßnahmen wegen der Verkehrssituation
Vorlage: VO/2018/06864**

Wie bereits unter TOP 1.2 festgelegt, werden dieser Antrag und der Antrag unter TOP 5.3.10 zusammen behandelt.

Die Diskussion ist unter diesem TOP wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter den jeweiligen TOP.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, wegen der angespannten Verkehrssituation aufgrund von Brückenarbeiten, folgende Eilmaßnahmen zu ergreifen:

- Mindestens bis zur Wiedereröffnung der Possehl-Brücke sowie während Teilsperren der Bahnhofsbrücke bietet der Stadtverkehr ein verbilligtes Tagesticket zum Wert von 2 Euro pro Tag für den Stadtbereich Lübeck an. Der Bürgermeister weist in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter des Stadtverkehrs Lübeck die Geschäftsführung an, dies umzusetzen bis sich die angespannte Verkehrssituation aufgrund der Baustellensituation gelöst hat.

- Spätestens zum 1. Januar 2019 startet Lübeck mit einem Verleihsystem für Fahrräder.

Frau Drochner weist darauf hin, dass der von der Bürgerschaft in diesem Antrag beschlossene Zeitraum relativ lang sein könne und die damit für den Stadtverkehr Lübeck wegfallenden Einnahmen an anderer Stelle kompensiert werden müssen.

Frau Drochner schlägt vor, in dem zu erstellenden Gesamtpaket, diese Prüfung im großen Gutachten mit aufzunehmen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 6 Stimmen

Gegen den Antrag: 8 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

**zu 5.3.10 DIE LINKE: Ergänzungsantrag zu VO/2018/06864 AT Bündnis 90/Die Grünen & Die Unabhängigen: "Eilmaßnahmen wegen der Verkehrssituation"
VO/2018/06499**

Wie bereits unter TOP 1.2 festgelegt, werden dieser Antrag und der Antrag unter TOP 5.3.9 zusammen behandelt.

Die Diskussion ist unter dem TOP 5.3.9 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter den jeweiligen TOP.

Antrag:

Der Antrag wird wie folgt erweitert:

Der Lübecker Stadtverkehr bietet als weitere Eilmaßnahme ein vergünstigtes Monatsticket an.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 6 Stimmen

Gegen den Antrag: 8 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

zu 5.3.11 DIE LINKE: Rippenstraßen der Königstraße wieder öffnen

Vorlage: VO/2018/06665

Antrag:

Die Rippenstraßen der Königstraße werden wieder wechselweise Stadt ein- und Stadtauswärts geöffnet.

Bei der Umsetzung soll das Lübeck Management mit seiner Fachmeinung mit einbezogen werden.

Herr Lötsch beantragt die Vertagung dieses Antrages solange bis die Informationen aus dem Rahmenplan Innenstadt vorliegen.

Der Bauausschuss vertagt einstimmig diesen Antrag.

zu 5.3.12 BusCard 50 für den Stadtverkehr

Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. November 2018

Antrag der Fraktion Die Linke - VO/2018/06653

Vorlage: VO/2019/07201

Antrag:

Der Stadtverkehr Lübeck wird aufgefordert und vom Bürgermeister angewiesen, über die Einführung einer Ermäßigungskarte für den Lübecker Stadtverkehr zu berichten.

Die Ermäßigungskarte mit einem möglichen Namen wie BusCard 50, soll analog einer BahnCard 50 der Deutschen Bahn den Kunden des Stadtverkehrs Lübeck ermöglichen einen Fahrschein mit 50% Ermäßigung zu erwerben. Für diese BusCard 50 wird ein jährlicher Kaufpreis von unter 100,00 Euro fällig. Grundsätzlich soll der Preis so kalkuliert sein, dass mit der BusCard 50 kein günstigstes Angebot für die Kundinnen und Kunden mit Monats- und Wochenkarten entsteht. Das Angebot soll für Gelegenheitsfahrende sein.

Die BusCard 50 ist für Empfänger von Sozialleistung kostenlos, bzw. für eine geringe Schutzgebühr von unter 10,00 Euro abzugeben. Sie stellt damit ein diskriminierungsfreies Sozialticket für die Vergünstigung von Einzelfahrscheinen da.

Der Stadtverkehr Lübeck gibt im Bericht eine Einschätzung für die Kosten die durch die Abgabe einer BahnCard 50 entstehen.

Der Stadtverkehr Lübeck möchte zur Sitzung der Bürgerschaft im April 2019 berichten.

Herr Pluschkell schlägt vor den Antrag heute nicht zu beschließen, sondern ihn mit zu beauftragen, im Rahmen des von der Bürgerschaft beschlossenen Prüfauftrages, ein Konzept zu erstellen, wie man in Lübeck zu einem gerechteren ÖPNV-Tarif kommen könne.

Herr Lötsch verweist darauf, dass der Antrag als Empfehlung zurück an die Bürgerschaft gehe, und dort weiter behandelt werde. Eine Ergänzung könne auch die sein, dass empfohlen werde den Antrag in dem Prüfauftrag mit abzarbeiten.

Herr Pluschkell beantragt, dass der Antrag vertagt wird, mit der Maßgabe, dass der Inhalt im Rahmen des Prüfauftrages der Bürgerschaft mit abgearbeitet werde.

Herr Lötsch erwähnt noch einmal, dass eine Vertagung nicht notwendig sei, sondern eine Empfehlung des Bauausschusses.

Herr Pluschkell ändert seinen Antrag dahingehend, dass der Bauausschuss der Bürgerschaft empfiehlt, den Antrag im Rahmen des Prüfauftrages mit abzarbeiten.

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den geänderten Antrag: 14 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig den geänderten Antrag zu beschließen.

**zu 5.3.13 Antrag des AM Thomas Markus Leber (FDP) zur Prüfung einer Beleuchtungsanlage an den Stellflächen unterhalb der Wallbrechtbrücke
Vorlage: VO/2019/07211**

Antrag:

Der Bürgermeister möge die Installation einer einfachen Beleuchtungsanlage unterhalb der Wallbrechtbrücke im Bereich der dort vorhandenen ca. 100 Stellflächen rund um die Ratzeburger Allee prüfen. Gerade der wasserseitige Bereich sollte dabei optimiert werden.

Herr Leber erläutert mündlich seinen Antrag.

Herr Lötsch verweist auf den seinerzeit ähnlichen Antrag der CDU-Fraktion, der im Bauausschuss, mit dem Hinweis auf ein zu erstellendes Beleuchtungskonzept, abgelehnt wurde. Daher bittet er auch hierbei darum, diese Maßnahme nicht vorzuziehen, sondern erst einmal das Konzept abzuwarten.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 1 Stimme
Gegen den Antrag: 13 Stimmen
Enthaltungen: 1 Stimme

Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

**zu 5.3.14 Änderungsantrag des AM Thomas-Markus Leber (FDP) zu TOP Ö 5.3.1 Vorlage - VO/2019/07128 Antrag AM Sascha Luetkens (DIE LINKE): Umbenennung des Hindenburgplatzes
Vorlage: VO/2019/07254**

Antrag:

Der Vorschlag wird aus aktuellem Anlass wie folgt geändert:

Der Bauausschuss möge beschließen, dass vor dem Hintergrund des anstehenden 100jährigen Jubiläums der Weimarer Verfassung alle notwendigen Schritte zur Rückbenennung des „Hindenburgplatzes“ in „Republikplatz“ bis spätestens zum 14. August, dem Tag der Verkündung der Weimarer Verfassung, zum Abschluss gebracht werden.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag unter TOP 5.3.1 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 13 Stimmen
Enthaltungen: 2 Stimmen

Der Bauausschuss beschließt den Antrag einstimmig.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung – nach Beendigung des öffentlichen Teils - zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit (18:27 Uhr).

zu 11 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil Beschlüsse gefasst habe und beendet die Bauausschusssitzung um 18:31 Uhr.

Lübeck, den 27. März 2019

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Thomas Kaacksteen
Protokollführung